

Die Rolle der schweizerischen Vertretungen bei der Überüfung von ausländischen Zivilstandsdokumenten im Zusammenhang mit der Eheschliessung *

Von Toni Siegenthaler, Vorsteher des Zivilstands- und Bürgerrechtsdienstes des Kantons Bern

1. Ausgangslage

Die schweizerischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Ausland erfüllen bekanntlich auch zivilstandsamtliche Aufgaben und arbeiten deshalb eng mit den Zivilstandsbehörden aller Stufen zusammen. Sie beglaubigen insbesondere gemäss Artikel 137 Absatz 2 der eidgenössischen Zivilstandsverordnung (ZStV) die Wiedergabe des in eine schweizerische Amtssprache übersetzten Inhalts einer ausländischen Zivilstandsurkunde und bestätigen in diesem Zusammenhang, dass das übermittelte Dokument von der zuständigen Behörde ausgestellt wurde und demzufolge echt ist. Für die Erfüllung dieser Aufgabe stellt die Bundesverwaltung spezielle Übermittlungsformulare zur Verfügung, welche gleichzeitig als summarische Übersetzung des Dokumentes in eine schweizerische Amtssprache dienen. Damit übernimmt die schweizerische Vertretung anlässlich der Dokumentenübermittlung grundsätzlich auch die Verantwortung für die Richtigkeit der Übersetzung.

Durch die Mitwirkung einer Dienststelle vor Ort, welche mit der Arbeitsweise und den Formalitäten der ausländischen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden vertraut ist, soll sichergestellt werden, dass im schweizerischen Rechtsbereich keine ausländischen Dokumente als Entscheidungsgrundlagen und Beurkundungsbelege verwendet werden, die irgendwelche Mängel aufweisen oder nicht richtig verstanden werden könnten. In der Regel genügen die auf blosser Erfahrung beruhenden Kenntnisse der Zivilstandsämter kaum für die zuverlässige Beurteilung dieser Frage. In zunehmendem Masse sind aber auch die kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen auf Hilfe angewiesen. Diese Hilfe hat mit dem vermehrten Auftauchen gefälschter oder verfälschter ausländischer Zivilstandsdokumente in den letzten Jahren ständig an Bedeutung gewonnen. Sorge bereitet beispielsweise der Umstand, dass echte Dokumente von eingereisten Ausländerinnen und Ausländern auch schon dazu missbraucht wurden, um in der Schweiz unter einer neuen Identität aufzutreten. Asylsuchende erhoffen sich zudem durch eine manchmal bloss vorgetäuschte Ehe mit einer Schweizerin bzw. mit einem Schweizer eine günstigere Ausgangslage für die fremdenpolizeiliche Regelung des Aufenthaltes in der Schweiz.

Die Vorlage gefälschter oder verfälschter Dokumente oder der Versuch, die wahre Identität im Zusammenhang mit der Beurkundung eines Zivilstandsereignisses zu verschleiern, ist zu einem echten Problem geworden.

2. Die Verwendung gefälschter Zivilstandsurkunden

Die Erfahrung hat gezeigt, dass neben gefälschten Geburtsurkunden (etwa für die Umgehung einer Adoption) hin und wieder auch gefälschte Todesurkunden (z.B. im Zusammenhang mit einem Versicherungsbetrug) für die Eintragung im schweizerischen Familienregister vorgelegt werden. Selten erweisen sich aber ausländische Eheurkunden als nicht echt. Hingegen müssen relativ oft Urkunden als mangelhaft oder gar unecht oder gefälscht zurückgewiesen werden, die von einer Ausländerin oder einem Ausländer im Hinblick auf die Vorbereitung einer Eheschliessung in der Schweiz vorgelegt wurden. Die Gründe für dieses Verhalten sind – wie bereits angetönt – vielschichtig. Manchmal steht die Verhaltensweise im Zusammenhang mit dem Versuch, die Identität oder ein mögliches Ehehindernis zu verschleiern.

3. Das Recht auf Ehe und der Verdacht auf Rechtsmissbrauch

Gesellt sich zum Verdacht, die für die Vorbereitung der Eheschliessung vorgelegten ausländischen Urkunden seien nicht echt oder die wahre Identität einer Person werde verschwiegen zusätzlich der Eindruck, die Ehe werde nur deshalb geschlossen, um eine drohende Ausschaffung einer Ausländerin oder eines Ausländers abzuwenden, geraten fremdenpolizeiliche und zivilstandsamtliche Aspekte in einen verwirrenden Konflikt.

In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass das Recht auf Ehe und Familie gemäss Artikel 14 der neuen Bundesverfassung gewährleistet ist und nach Artikel 12 der Europäischen Menschenrechtskonvention Männer und Frauen im heiratsfähigen Alter das Recht haben, nach den innerstaatlichen Gesetzen, welche die Ausübung des Rechts regeln, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen. Die alte Bundesverfassung erläuterte das Recht auf Ehe in Artikel 54 noch etwas ausführlicher: Danach darf dieses Recht weder aus kirchlichen oder ökonomischen Rücksichten noch wegen bisherigen Verhaltens oder aus anderen polizeilichen Gründen beschränkt werden. Damit ist klar, dass fremdenpolizeiliche Interessen im Zusammenhang mit der Eheschliessung erst dann von Bedeutung sind, wenn ein Missbrauch des Rechts auf Ehe nachgewiesen werden kann. Ein vorerst bloss geplanter Rechtsmissbrauch ist aber in der Praxis kaum nachweisbar. Erst nach Ablauf einer gewissen Ehedauer kann sich auf Grund der objektiven Verhaltensweise der Eheleute seit der Heirat ein Verdacht auf Rechtsmissbrauch erhärten oder entkräften.

4. Die Überprüfung ausländischer Zivilstandsdokumente

Es müssen konsequent zwei Fälle voneinander unterscheiden werden, damit im Bearbeitungsablauf keine Missverständnisse und kein Durcheinander bei den zuständigen Dienststellen und den betroffenen Personen entstehen.

<u>A. Die Vorbereitung der Eheschliessung in der Schweiz</u> <i>Betroffen sind die Behörden des <u>Heiratskantons</u>, d.h. in der Regel des <u>Wohnsitzkantons</u></i> <i>Zivilstandsbehörden: Vorbereitung der Eheschliessung und Trauung</i> <i>Fremdenpolizeibehörden: Bewilligung der Einreise zum Zwecke der Heirat in der Schweiz und Regelung des Aufenthaltes</i>	<u>B. Die Anerkennung der im Ausland geschlossenen Ehe</u> <i>Betroffen sind die Behörden des <u>Heimatskantons</u> des schweizerischen Ehegatten und des <u>Wohnsitzkantons</u></i> <i>Zivilstandsbehörden: Registrierung der Eheschliessung im Familienregister der Heimatgemeinde</i> <i>Fremdenpolizeibehörde: Bewilligung der Einreise und Regelung des Aufenthaltes in der Schweiz (Einreise als Ehegatte einer Schweizerin oder eines Schweizers; ev. Familiennachzug)</i>
--	---

Die Aufgabenerfüllung und die Bedürfnisse für eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen den Zivilstandsbehörden, den Fremdenpolizeibehörden und den schweizerischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Ausland können wie folgt zusammengefasst werden.

A. Die Vorbereitung der Eheschliessung in der Schweiz

Aufgaben

Die Verlobten stellen wahlweise beim Zivilstandsamt am schweizerischen Wohnsitz der Braut oder des Bräutigams das Gesuch um Durchführung des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung (Art. 98 Abs. 1 ZGB; Art. 148 Abs. 1 Ziff. 1 ZStV). Verlobte im Ausland können das Gesuch auch durch Vermittlung der schweizerischen Vertretung einreichen (Art. 149 Abs. 2 ZStV)

a. Das Zivilstandsamt

- stellt die Identität der Gesuchstellenden fest,
- klärt die Ehefähigkeit der beteiligten Personen,
- prüft die vorgelegten Dokumente im Hinblick auf ihre Vollständigkeit, Echtheit und Aktualität und
- beurkundet gemäss Artikel 98 Absatz 3 ZGB einzeln oder gleichzeitig die persönliche Erklärung der beiden Verlobten, wonach sie die Voraussetzungen für die Eheschliessung erfüllen (Art. 152 ZStV); diese Erklärung kann mit Bewilligung des Zivilstandsamtes auch von der schweizerischen Vertretung beurkundet werden (Art. 157 Abs. 3 ZStV).

b. Die Fremdenpolizeibehörde

- bewilligt wenn nötig die Einreise zum Zwecke der Eheschliessung und
- regelt nach der Trauung den Aufenthalt in der Schweiz.

c. Die schweizerische Vertretung

- überprüft bei begründeten Zweifeln des Zivilstandsamtes die Identität einer heiratswilligen Person ausländischer Herkunft,
- beglaubigt den in einer schweizerischen Amtssprache wiedergegebenen wesentlichen Inhalt der im Hinblick auf die Vorbereitung der Eheschliessung vorgelegten ausländischer Urkunden und
- prüft auf Verlangen die Echtheit der Dokumente, wenn Anlass zu einem Verdacht auf Fälschung besteht oder teilt ihre Bedenken an der Echtheit der eingereichter Dokumente mit,
- beurkundet mit Bewilligung des Zivilstandsamtes die persönliche Erklärung, wonach die sich noch im Ausland aufhaltende Person die Voraussetzungen für die Eheschliessung in der Schweiz erfüllt (Art. 98 Abs. 3 ZGB); allenfalls kann ihr wenn nötig die Einreise in die Schweiz bewilligt werden, damit die Erklärung beim Zivilstandsamt beurkundet werden kann.

Das Zivilstandsamt ist in unklaren Fällen auf die Mitwirkung der schweizerischen Vertretung angewiesen, damit das Gesuch um Vorbereitung der Eheschliessung behandelt werden kann. Die Anliegen werden durch Vermittlung des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen übermittelt und in der Regel im gewünschten Sinne erledigt.

Fehlverhalten

Leider müssen hin und wieder auch Fehlreaktionen schweizerischer Vertretungen in gewissen Ländern festgestellt werden, die möglicherweise auf eine falsch verstandenes Pflichtgefühl zurückzuführen sind. Dazu gehören insbesondere die Verweigerung der Beglaubigung der ausländischen Urkunden, weil

- die betroffene Person bloss mit einem Besuchervisum und nicht zum Zwecke der Heirat in die Schweiz eingereist ist,
- die Dokumente älter sind als sechs Monate,
- die Dokumente nicht in einer schweizerischen Amtssprache abgefasst sind,
- vorgängig die Beschaffung zusätzlicher Dokumente (z.B. Strafregisterauszug usw.) verlangt wird, die in Verbindung mit der Eheschliessung gesetzlich nicht vorgeschrieben sind
- eine so genannte Scheinehe vermutet wird.

Es kommt auch vor, dass Dokumente nicht an die Zivilstandsbehörden zurückgesandt sondern eingezogen und direkt den Fremdenpolizeibehörden oder dem Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) zugestellt werden.

Selbstverständlich sind auch die Zivilstandsbehörden an zusätzlichen Hinweisen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung interessiert, welche die geplante Eheschliessung in einem besonderen Licht erscheinen lassen. Auch wenn die Trauung aus den erwähnten verfassungsrechtlichen Gründen kaum verweigert werden darf, werden die Zivilstandsbehörden die Umstände pflichtgemäss prüfen, allfällige Besonderheiten den zuständigen Behörden melden; sie sind deshalb für alle zusätzlichen Auskünfte dankbar.

B. Die Anerkennung der im Ausland geschlossenen Ehe

Aufgaben

Die Ehegatten beantragen die Anerkennung ihrer Ehe (45 IPRG) und die Eintragung der Eheschliessung im Familienregister der Heimatgemeinde der schweizerischen Ehefrau bzw. des schweizerischen Ehemannes (Art. 32 IPRG)

a. Die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen

- überprüft die Echtheit der Eheurkunde,
- stellt die Gültigkeit der Ehe im Trauungsstaat fest (Art. 45 IPRG),
- verfügt die Registrierung der Eheschliessung im schweizerischen Familienregister am Heimatort der schweizerischen Ehefrau bzw. des schweizerischen Ehemannes (Art. 32 IPRG) und
- teilt die Eheschliessung allen interessierten schweizerischen Dienststellen mit (Fremdenpolizeibehörde, Einwohnerkontrolle, Bundesamt für Flüchtlinge, Bundesamt für Statistik).

b. Die Fremdenpolizeibehörde

- bewilligt die Einreise der mit einer Schweizerin bzw. mit einem Schweizer verheirateten Person,
- regelt den Aufenthalt in der Schweiz und
- entscheidet über einen allfälligen Familiennachzug.

c. Die schweizerische Vertretung

- bestätigt, dass die Ehe nach dem massgeblichen Recht abgeschlossen wurde und im Trauungsstaat gültig ist,
- überprüft die Echtheit der Eheurkunde und stellt fest, dass die Eheurkunde von der dafür zuständigen Behörde ausgestellt wurde,
- beglaubigt die Wiedergabe der Übersetzung in eine schweizerische Amtssprache im Rahmen der Urkundenübermittlung in die Schweiz.

Die kantonale Aufsichtsbehörde ist im Hinblick auf den Entscheid (Art. 32 IPRG; Art. 137 Abs. 1 ZStV) betreffend die Anerkennung der Ehe in der Schweiz und die Registrierung im Familienregister der Heimatgemeinde der schweizerischen Ehefrau bzw. des schweizerischen Ehemannes auf die Bestätigungen und allfällige zusätzliche Auskünfte der schweizerischen Vertretungen angewiesen. Nicht von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang das Motiv der Eheschliessung. Sind die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, muss die Ehe in der Schweiz anerkannt und registriert werden. Ein Ermessensspielraum besteht nicht, auch wenn im Vorfeld das Gesuch für eine Trauung in der Schweiz in einem ersten Anlauf scheiterte, weil gewisse Dokumente nicht beigebracht wurden und das Vorbereitungsverfahren für die Eheschliessung in der Schweiz deshalb noch nicht abgeschlossen werden konnte. Vorbehalten bleibt die Verweigerung der Eheanerkennung bei einer Verlegung der Trauung ins Ausland um die Vorschriften des schweizerischen Rechts über die Eheungültigkeit zu umgehen (Art. 45 Abs. 2 IPRG). Dies ist in der Regel nicht der Fall.

Fehlverhalten

Obwohl die Übermittlung einer ausländischen Eheurkunde in die Schweiz und die damit verbundenen Aufgaben (summarische Übersetzung, Beglaubigung) in der Regel mit keinen Problemen verbunden ist, kommt es doch hin und wieder zu Fehlverhalten, insbesondere wenn eine schweizerische Vertretung auf Ersuchen eines Zivilstandsamtes sich bereits mit schwierigen Abklärungen im Hinblick auf eine vorerst in der Schweiz geplanten Eheschliessung befasst hatte. Wenn die Verlobten später – aus welchen Gründen auch immer – ihre Eheschliessung ins Ausland verlegen, werden die Kompetenzen vom Wohnsitzkanton in den Heimatkanton verschoben. Dies kann im weiteren Ablauf zu Verwirrung und Fehlleistungen auch beim Personal der Übermittlungsdienstes des Eidgenössischen Amt für das Zivilstandswesen führen, welches für die Weiterleitung der Dokumente zuständig ist. Nicht richtig reagiert wird, wenn

- die Beglaubigung oder die Weiterleitung der Eheurkunde wegen vermuteter Scheinehe oder weil das in der Schweiz eingeleitete Vorbereitungsverfahren abgebrochen wurde verweigert und wenn
- das Dokument der Fremdenpolizeibehörde im Wohnsitzkanton übermittelt wird und nicht an die zivilstandsamtliche Aufsichtsbehörde des Heimatkantons der schweizerischen Ehefrau bzw. des schweizerischen Ehemannes.

Sobald die Eheschliessung im schweizerischen Familienregister eingetragen worden ist, besteht für die betroffenen Eheleute die Möglichkeit, beim Zivilstandsamt ein Familienbüchlein zu beziehen. Damit kann die Gültigkeit der Ehe bei Bedarf gegenüber schweizerischen Dienststellen nachgewiesen werden. Ausserdem kann die Eintragung im Familienregister bestätigt oder für mitbetroffene Schweizerinnen und Schweizer eine Bürgerrechtsbestätigung (Art. 145a ZStV) abgegeben werden. Gestützt auf den Nachweis, dass die Ehe für den schweizerischen Rechtsbereich gültig ist, kann sodann wenn nötig über ein Einreisegesuch entschieden werden.

Sämtliche Wahrnehmungen und Besonderheiten oder auf Grund von Abklärungen gemachte Feststellungen, welche an einem Ehemann zweifeln lassen, sind gleichzeitig mit der Übermittlung der Eheurkunde zu melden. Die Hinweise können für die Fremdenpolizei im Zusammenhang mit der Einreise, der Erteilung oder späteren Erneuerung der Aufenthaltsbewilligung von grosser Bedeutung sein.

* Gemäss einem Referat, gehalten am Weiterbildungsseminar EDA-EJPD vom 6. bis 8. September 2000 in Giswil

Vérification de documents d'état civil étrangers en relation avec le mariage; rôle des représentations suisses *

par Toni Siegenthaler, Chef du Service de l'état civil et de l'indigénat du canton de Berne

traduction par Michel Montini, avocat, adjoint scientifique auprès de l'Office fédéral de l'état civil, Berne

1. Situation initiale

Il est bien connu que les représentations diplomatiques et consulaires suisses à l'étranger effectuent également des tâches d'état civil et collaborent par conséquent étroitement avec les autorités d'état civil de tous les échelons. Conformément à l'article 137 alinéa 2 de l'ordonnance sur l'état civil (OEC), les représentations légalisent en particulier les traductions dans une langue officielle suisse des actes étrangers et confirment que ceux-ci ont été délivrés par l'autorité compétente et qu'ils sont donc authentiques. L'administration fédérale met à leur disposition des formules de transmission spéciales qui sont aussi utilisées pour la traduction sommaire de l'acte. Quant elles transmettent un document, les représentations veillent donc aussi à la conformité de la traduction.

Par la coopération de services postés à l'étranger, au fait des méthodes de travail des autorités administratives et judiciaires locales ainsi que des formalités à remplir, l'on veut éviter de rendre en Suisse des décisions ou des ordres de transcription qui se basent sur des documents étrangers imparfaits ou susceptibles d'être mal interprétés. Les connaissances des offices de l'état civil, qui reposent essentiellement sur l'expérience acquise, ne sont en règle générale pas suffisantes. Par ailleurs, confrontées ces dernières années à une augmentation croissante des cas de faux, les autorités cantonales de surveillance ont elles aussi de plus en plus besoin d'aide. Citons à titre d'exemple préoccupant l'utilisation abusive de documents authentiques aux fins d'entrer en Suisse sous une nouvelle identité de même que les mariages de complaisance que contractent parfois des demandeurs d'asile avec des personnes de nationalité suisse dans l'espoir de faciliter les conditions de séjour dans notre pays.

La présentation de documents faux ou falsifiés et la tentative de celer son identité véritable constituent désormais des problèmes bien réels.

2. L'usage de faux documents d'état civil

L'expérience montre qu'en vue d'une inscription au registre des familles, l'on présente aussi bien des actes de naissance frauduleux (notamment pour éluder les règles sur l'adoption) que de faux actes de décès (dans le cadre par exemple d'une escroquerie à l'assurance). Rares sont cependant les cas où un

acte de mariage n'apparaît pas authentique. Dans le cadre de la préparation du mariage, il arrive par contre relativement souvent qu'il faille refuser des documents produits par un fiancé étranger du fait que les papiers présentent des vices, ne sont pas authentiques ou ont carrément été falsifiés. Comme évoqué plus haut, cela résulte de différents facteurs. Parfois, une personne tente de se faire passer pour une autre ou veut cacher l'existence d'un empêchement au mariage.

3. Le droit au mariage et le soupçon d'abus de droit

Supposons que dans le cadre de la préparation d'un mariage, l'on soupçonne qu'un fiancé présente de faux documents ou qu'il dissimule son identité véritable et qu'à cela se mêle le sentiment que le mariage n'est contracté que dans le but d'éviter une expulsion imminente de Suisse, des éléments de police des étrangers et des aspects d'état civil entrent alors dans un conflit délicat.

C'est ici le lieu de rappeler que le droit au mariage et à la famille est protégé par l'article 14 de la nouvelle Constitution fédérale tandis que l'article 12 de la Convention européenne des droits de l'homme prévoit qu'à partir de l'âge nubile, l'homme et la femme ont le droit de se marier et de fonder une famille selon les lois nationales régissant l'exercice de ce droit. L'ancienne Constitution fédérale était encore un peu plus explicite. Son article 54 prescrivait notamment: "aucun empêchement au mariage ne peut être fondé sur des motifs confessionnels, sur l'indigence de l'un ou l'autre des époux, sur leur conduite ou sur quelque autre motif de police que ce soit". Au vu de ce qui précède, il paraît clair que des motifs de police des étrangers liés à la conclusion du mariage ne sont déterminants que lorsqu'un abus du droit au mariage est avéré. Or, dans la pratique, un tel abus, qui n'est encore que potentiel, est difficilement prouvable avant la célébration. D'éventuels soupçons ne pourront être infirmés ou confirmés qu'après l'écoulement d'un certain temps depuis la conclusion du mariage en fonction du comportement concret des époux.

4. L'examen de documents d'état civil étrangers

Afin d'éviter toute bévue dans le traitement d'un dossier et parer à d'éventuels malentendus chez les personnes et les services impliqués, il faut logiquement distinguer deux cas.

A. La préparation d'un mariage prévu en Suisse <i>Les autorités du <u>canton de la célébration</u>, soit en règle générale celles du <u>canton de domicile</u>, sont compétentes.</i>	B. La reconnaissance d'un mariage conclu à l'étranger <i>Les autorités du <u>canton d'origine de l'époux suisse</u> et celles du <u>canton de domicile</u> sont compétentes.</i>
---	--

<i>Autorités d'état civil: Préparation et célébration du mariage</i>	<i>Autorités d'état civil: Inscription du mariage au registre des familles de la commune d'origine</i>
<i>Autorités de police des étrangers: Autorisation d'entrée en Suisse en vue du mariage et règlement des conditions de séjour</i>	<i>Autorités de police des étrangers: Autorisation d'entrée et règlement des conditions de séjour en Suisse (entrée en qualité de conjoint d'une personne de nationalité suisse, év. regroupement familial)</i>

L'accomplissement correct des tâches et une coopération efficace entre autorités d'état civil, services de police des étrangers et représentations suisses à l'étranger peuvent être résumées comme suit.

A. La préparation d'un mariage prévu en Suisse

Tâches

La demande en vue du mariage (demande en exécution de la procédure préparatoire du mariage) est déposée à choix à l'office de l'état civil du domicile du fiancé ou de la fiancée (art. 98 al. 1 CC; art. 148 al. 1 ch. 1 OEC). Lorsqu'ils résident à l'étranger, les fiancés peuvent en outre présenter leur demande par l'intermédiaire de la représentation suisse (art. 149 al. 2 OEC).

a. L'office de l'état civil

- s'assure de l'identité des fiancés,
- vérifie leur capacité matrimoniale,
- examine si les documents présentés sont complets, authentiques et actuels et
- reçoit conformément à l'article 98 alinéa 3 CC les déclarations personnelles des fiancés selon lesquelles ils remplissent les conditions du mariage (art. 152 OEC); avec l'autorisation de l'office de l'état civil, ces déclarations peuvent également être reçues par la représentation suisse (art. 157 al. 3 OEC).

b. L'autorité de police des étrangers

- autorise au besoin l'entrée en Suisse en vue du mariage et
- règle les conditions du séjour après la célébration.

c. La représentation suisse

- examine l'identité des fiancés d'origine étrangère en cas de doutes fondés de l'office de l'état civil,
- légalise la traduction dans une langue officielle suisse du contenu essentiel des documents étrangers produits en vue de la préparation du mariage et

- examine sur demande l'authenticité des documents lorsqu'il y a des raisons de soupçonner une falsification ou communique ses doutes quant aux actes remis,
- reçoit avec l'autorisation de l'office de l'état civil les déclarations personnelles des fiancés résidant à l'étranger, déclarations par lesquelles les intéressés attestent qu'ils remplissent les conditions en vue d'un mariage en Suisse (art. 98 al. 3 CC); l'entrée en Suisse peut éventuellement être accordée à un fiancé étranger afin qu'il puisse faire les déclarations requises à l'office de l'état civil.

Pour les dossiers douteux, l'office de l'état civil doit pouvoir compter sur la coopération de la représentation compétente. Dans ces cas, le dossier est transmis via l'Office fédéral de l'état civil à la représentation qui agit généralement dans le sens souhaité.

Comportements erronés

De temps à autre, il faut malheureusement déplorer des comportements inadéquats chez certaines représentations à l'étranger. Cela est probablement dû au fait que celles-ci ont une fausse idée des tâches à accomplir. Parmi les erreurs les plus fréquentes, citons le refus de légaliser fondé sur le fait que

- l'un des fiancés est entré en Suisse avec un simple visa de touriste et non pas un visa en vue du mariage,
- les papiers remis ont plus de six mois,
- les documents ne sont pas disponibles dans une langue officielle suisse,
- l'un des fiancés n'a pas présenté un document qui n'est pas prévu par les prescriptions sur le mariage mais que la représentation a exigé en plus (tel qu'un extrait du casier judiciaire),
- le personnel de la représentation suppose la conclusion d'un mariage de complaisance.

Il arrive aussi que les documents ne soient pas retournés aux autorités d'état civil mais qu'ils soient confisqués et envoyés directement aux autorités de police des étrangers ou à l'Office fédéral des réfugiés (ODR).

Pour l'accomplissement de leurs tâches, les autorités d'état civil sont naturellement aussi intéressées à recevoir des indications supplémentaires, susceptibles de donner un éclairage particulier sur le mariage prévu. Même s'il est difficile de refuser de célébrer un mariage du fait des garanties constitutionnelles précitées, le dossier sera examiné avec soin par les services de l'état civil. Ceux-ci informeront le cas échéant les administrations compétentes et sont dès lors reconnaissants pour tout renseignement fourni.

B. La reconnaissance d'un mariage conclu à l'étranger

Tâches

Les époux sollicitent la reconnaissance (art. 45 LDIP) et l'inscription de leur mariage au registre des familles de la commune d'origine du conjoint suisse (art. 32 LDIP)

a. L'autorité cantonale de surveillance de l'état civil

- examine l'authenticité de l'acte de mariage,
- vérifie que le mariage a été valablement conclu à l'étranger (art. 45 LDIP),
- ordonne l'inscription du mariage au registre des familles du lieu d'origine de la partie suisse (art. 32 LDIP) et
- signale le mariage à tous les services suisses intéressés (police des étrangers, contrôle des habitants, Office fédéral des réfugiés, Office fédéral de la statistique).

b. L'autorité de police des étrangers

- autorise l'entrée du partenaire étranger d'une personne de nationalité suisse,
- règle les conditions du séjour en Suisse,
- statue sur un éventuel regroupement familial.

c. La représentation suisse

- confirme que le mariage a été conclu conformément au droit applicable et qu'il est valable dans l'Etat de la célébration,
- examine l'authenticité de l'acte de mariage et vérifie qu'il a été délivré par l'autorité compétente,
- légalise la traduction ou le résumé dans une langue officielle suisse des documents transmis en Suisse.

Afin de statuer sur la reconnaissance du mariage en Suisse et d'ordonner son inscription au registre des familles de la commune d'origine du conjoint suisse (art. 32 LDIP, 137 al. 1 OEC), l'autorité cantonale de surveillance a besoin des renseignements susmentionnés de la représentation ainsi que d'autres informations éventuelles. Les motifs qui poussent les intéressés au mariage n'ont en revanche pas d'incidence dans ce contexte. Si les conditions légales sont remplies, le mariage doit être reconnu et inscrit en Suisse. L'autorité n'a aucune marge d'appréciation même si dans une première phase, les intéressés ont essayé de se marier en Suisse et que la procédure préparatoire n'avait pas pu être clôturée du fait que certains documents n'avaient pas été présentés. L'hypothèse où la reconnaissance du mariage doit être refusée parce que les intéressés se sont déplacés à l'étranger dans l'intention manifeste d'éluder les dispositions sur l'annulation du mariage prévues par le droit suisse (art. 45 al. 2 LDIP) est réservée mais reste relativement rare.

Comportements erronés

Même si la transmission d'un acte de mariage étranger en Suisse et les opérations qui en découlent (traduction sommaire, légalisation) ne présentent en règle générale aucune difficulté particulière, il arrive que la représentation adopte un comportement erroné notamment lorsqu'elle a effectué des investigations délicates à la demande d'un office de l'état civil pour des fiancés

qui ont d'abord eu l'intention de se marier en Suisse. A supposer que ceux-ci décident finalement - pour quelque raison que ce soit ! - de se marier à l'étranger, la compétence passe du canton de domicile au canton d'origine. Cela est source de confusions et d'erreurs même au sein du service de l'Office fédéral de l'état civil, chargé de la transmission des documents. La représentation réagit de manière inappropriée en

- refusant de légaliser ou de transmettre l'acte de mariage du fait qu'elle soupçonne la conclusion d'un mariage de complaisance ou que la procédure de préparation du mariage engagée en Suisse a été interrompue,
- en transmettant le document non pas à l'autorité cantonale de surveillance de l'état civil du canton d'origine du conjoint suisse mais à la police des étrangers du canton de domicile.

Dès que le mariage a été inscrit au registre des familles, les époux pourront obtenir à l'office de l'état civil un livret de famille qui attestera au besoin le mariage à l'égard de tout service administratif suisse. L'inscription portée au registre des familles peut par ailleurs être confirmée et toute personne intéressée de nationalité suisse a en outre la possibilité de se faire délivrer une confirmation de droit de cité (art. 145a OEC). Si nécessaire, une décision sur l'entrée en Suisse pourra être prise sur la foi de la confirmation que le mariage déploie effets dans notre pays.

Tout soupçon, toute particularité ou constatation faite dans le cadre des investigations menées doivent être signalés lors de la transmission de l'acte de mariage. Ces renseignements peuvent être d'une grande utilité pour la police des étrangers lorsqu'elle statuera sur l'entrée en Suisse, respectivement sur l'octroi d'une autorisation de séjour ou de son renouvellement.

* Article tiré d'un exposé présenté lors d'un séminaire de perfectionnement DFAE-DFJP, qui s'est tenu à Giswil du 6 au 8 septembre 2000.